



Diese Staaten, darunter auch Deutschland, verweisen auf das Problem der sehr langfristigen Lagerung von radioaktiven Abfällen. Frankreich befürwortet den Ausbau der Kernenergie.

Sie sagen Nein zu einem Nuklearbonus. Am Donnerstag, 11. November, erklärten Deutschland, Österreich, Dänemark, Luxemburg und Portugal auf der COP26 in Glasgow (Schottland), dass die Kernenergie mit den Kriterien der derzeit von der Europäischen Union erstellten Liste der als „nachhaltig“ geltenden Investitionen „unvereinbar“ sei. Ihrer Ansicht nach kann die Kernenergie die Umwelt nachhaltig schädigen und sollte daher von der Liste gestrichen werden.

Die Europäische Kommission will noch vor Jahresende eine Liste klimafreundlicher Energiequellen vorschlagen, die so genannte „grüne Taxonomie“. Diese Einstufung wird den Zugang zu grünem Kapital erleichtern und anerkannten Sektoren einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil verschaffen.

Lesen Sie dazu auch: Energie: Kernkraft und Windkraft im Wettbewerb

In einer gemeinsamen Erklärung befürchten die Umweltminister der fünf Länder, dass die Aufnahme der Kernenergie in diese „grüne Taxonomie“ die „Integrität, Glaubwürdigkeit und somit den Nutzen“ der Liste nachhaltig beeinträchtigen würde. „Wir fordern die Europäische Kommission dringend auf, den mutigen Weg, den sie eingeschlagen hat, um die Europäische Union zum führenden Markt für nachhaltige Investitionen zu machen, nicht zu gefährden“, schreiben sie.

Zehn EU-Länder, angeführt von Frankreich, veröffentlichten Mitte Oktober eine Erklärung zur Unterstützung der Kernenergie. Andere Länder wie Deutschland, Österreich und Luxemburg sind dagegen und verweisen auf das Problem der sehr langfristigen Lagerung von radioaktiven Abfällen. Berlin will den 2011 nach der Fukushima-Katastrophe in Japan beschlossenen Atomausstieg bis 2022 abschließen. Die anderen Länder, die in dem am Donnerstag veröffentlichten Aufruf genannt werden, haben keine Kernkraftwerke.